

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 3

Artikel: Die Transformationen der Sozialdemokratie
Autor: Sassoon, Donald
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341912>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Transformationen der Sozialdemokratie*

Als am Ende des 19. Jahrhunderts die sozialistische Bewegung entstand, gab sie sich auf mehreren Kongressen ein doppeldeutiges und widersprüchliches Programm, beginnend mit jenem der Zweiten

Donald Sassoon

Internationale (1889). Einerseits wurde unmissverständlich erklärt, dass das Ziel der Bewegung in der Beendigung der kapitalistischen Ordnung, im Ende von Ausbeutung und in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktions- und Distributionsmitteln bestehe. Andererseits hob sich die Zweite Internationale von den Anarchisten dadurch ab, dass sie eine Liste von Reformen vorlegte, die innerhalb des Kapitalismus realisiert werden könnten: allgemeines Wahlrecht, ein nationales Versicherungs- und Unterstützungssystem (der spätere Wohlfahrtsstaat) und schliesslich die Regulierung des Arbeitsmarkts, im Wesentlichen durch eine gesetzliche Begrenzung der täglichen Arbeitszeit (Achtstundentag).

Der Widerspruch war nicht sofort offensichtlich. Langfristige Ziele und kurzfristige Forderungen koexistierten innerhalb der Bewegung. Erstere lieferten die notwendige millenaristische Erwartung einer zukünftigen sozialen Ordnung, Letztere ein praktisches Programm, um das sich Gewerkschaften und sozialistische AktivistInnen gruppieren und die Bewegung

aufbauen konnten. Doch der Erfolg der kurzfristigen verzögerte die Möglichkeit der langfristigen Ziele. Dies wurde in den folgenden Jahrzehnten und v.a. nach dem Zweiten Weltkrieg klar, als die sozialistischen Parteien in ganz Europa zu Regierungsparteien wurden. Warum sollten sie ein System abschaffen, wenn Arbeiter auf Augenhöhe mit der Bourgeoisie abstimmen, ihre Parteien in Ämter wählen und so die Staatsmaschinerie erobern und nutzen konnten, um die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regulieren und um sicherzustellen, dass wichtige soziale Güter wie Gesundheit und Bildung dem Markt entzogen und nach dem Prinzip «jedem nach seinen Bedürfnissen» verteilt werden?

In den späten 40er Jahren war die Antwort auf die Frage so einfach wie vereinfachend: Das kapitalistische System sei instabil, eher früher als später würde es Krisen und Massenarbeitslosigkeit produzieren. Die Arbeiter würden ärmer und die Reichen reicher werden. Die meisten AktivistInnen und auch die Arbeiter selbst erinnerten sich gut an die Depression der 30er Jahre, die elenden Lebensbedingungen der Arbeitslosen, die Unsicherheiten des Lebens, die andauernde und unerbittliche Angst, die Stelle zu verlieren.

In Wirklichkeit lagen die Dinge, wie so oft, ziemlich anders. Der Kapitalismus, weit von einer Stagnation entfernt, trat in seine längste Wachstumsperiode ein. Die

* Übersetzung: Markus Blaser

**Der Kapitalismus
war fähig, Wohl-
stand für viele
herzustellen.
Der öffentliche
Sektor reparierte,
was am Kapitalis-
mus dysfunk-
tional war.**

Konsumgesellschaft, damals fast ausschliesslich auf die USA begrenzt, bildete sich in ganz Westeuropa aus. Die Gewerkschaften, keineswegs durch Arbeitslosigkeit geschwächt, vermochten sich zu legitimierten Säulen der Gesellschaft zu entwickeln. Während Arbeiter in der kommunistischen Hälfte Europas nicht nur von politischer Unterdrückung sondern auch von tiefen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen sowie von rationierten Konsumgütern und Lebensmitteln geplagt wurden, begannen Arbeiter im Westen zu geniessen, was bis dahin die Privilegien der Mittelklasse gewesen waren: private Mobilität, Ferien, Freizeit, Haushaltsgeräte.

Der Wohlfahrtsstaat entwickelte sich durchwegs zum anerkannten Ziel aller politischen Parteien. Seine allgemeine Anziehungskraft war so gross, dass die konservativen Kräfte sich neu positionierten. Auch sie anerkannten nun, dass «die gute Gesellschaft» eine war, in der eine vollbeschäftigte Arbeiterschaft, gemeinsam mit den Mittelklassen, zu einem allgemeinen Steueraufkommen beitrug, mit dem grundlegende Dienstleistungen wie z.B. das Gesundheitswesen allen angeboten werden konnten. Die Mittelklassen realisierten schnell, dass der Wohlfahrtsstaat nicht exklusiv den Arbeitern zum Vorteil gereichte, sondern dass sie und ihre Kinder ebenso von der Sicherheit profitieren konnten, die freie medizinische Versorgung und kostenloser Unterricht bieten konnten. Da akademischer «Verdienst» in Beziehung zum elterlichen Einkommen stand, genossen die Mittelklassen und deren Kinder in der Tat einen grösseren Vorteil, da ihr Zugang zu freier höherer Bildung ihre Position festigte. Der Wohlfahrtsstaat kam nicht nur einer Klasse, sondern allen zugute.

Die sozialistischen Parteien, die in fast allen europäischen Ländern zur stärksten

oder zweitstärksten Partei geworden waren, blieben bis Ende der 50er Jahre überall von der Macht ausgeschlossen – mit Ausnahme weniger Hochburgen wie z.B. den nordischen Ländern. Es folgte eine Periode des Überdenkens und des «Revisionismus»: offen in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland mit dem Godesberger Programm der SPD (1959) oder weniger transparent wie im Falle der britischen Labour Party. Es bildete sich ein neues Paradigma aus: Das Ziel war die Bändigung des Kapitalismus. Der Kapitalismus, so wurde zugestanden, war fähig, Wohlstand für viele herzustellen. Das Problem bestand darin, dass er, sich selbst überlassen, Marktversagen und soziale Ungerechtigkeit produzierte. Wenn er einigermaßen vernünftig funktionierte, dann deshalb, weil ihn die sozialistischen Reformen transformiert hatten. Der öffentliche Sektor reparierte, was am Kapitalismus dysfunktional war, indem er dem System Rationalität einimpfte. Er sollte für die Ausdehnung der Versorgung (Elektrizität, Transportwesen, Telefonie) in Feldern sorgen, wo Wettbewerb ineffizient wäre und ein privates Monopol höhere Preise verursachen würde. Der Staat sollte somit nur dort agieren, wo der private Sektor unfair oder ineffizient wäre. Aus dem SPD-Slogan «Planen wo nötig» wurde de facto «Der Staat wo nötig».

In den 60er Jahren kam es zu einer Wiederbelebung sozialistischer Parteien. Die SPD kam zum ersten Mal seit 1930 an die Macht. Die Labour Party wurde nach dreizehn Jahren konservativer Regierungen wieder in die Exekutive gewählt. Die sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens bestätigten ihre Hegemonie. In Italien wurde die sozialistische Partei Mitglied der Regierungskoalition. In Frankreich blieben zwar die Konservativen im Amt, aber das waren, unter de Gaulle, nicht «Freier Markt»-Konservative, sondern Nationalisten, die dem Staat

und somit dem öffentlichen Sektor mit Ehrfurcht begegneten. In der Tat waren im überwiegenden Teil Westeuropas die führenden Parteien keine prokapitalistischen Neoliberalen, sondern der sozialen Solidarität verpflichtete Sozial- oder Christdemokraten.

Diese Ordnung der Dinge sah sich keinen grossen Herausforderungen gegenüber. Die Studentenrebellion der späten 60er Jahre blieb in ihren langfristigen Auswirkungen eher bescheiden. Trotz ihres marxistischen Gewandes könnte man die Studentenrevolte auch als Herausforderung an die blamablen Effekte des allgemeinen Konformismus und so als Schrei nach stärkerem Individualismus betrachten. Trotz der Vereinnahmung durch die äusserste Linke könnte man «1968» auch als ersten Ausbruch der «Ich-Gesellschaft» der 80er Jahre sehen. Die andere mögliche Herausforderung, aus historischer Perspektive ernster zu nehmen als jene der Studenten, kam von den Gewerkschaften. In den späten 60er Jahren kam es überall zu einer massiven Welle von Streiks, mit denen die Gewerkschaften höhere Löhne für ihre Mitglieder zu erreichen versuchten. Das war gleichermassen romantisierend wie die Rückkehr zum Klassenkampf. Es könnte jedoch ebenso berechtigt als Bemühen der Arbeiter gesehen werden, ihren Anteil am lang andauernden kapitalistischen Boom zu bekommen. Sie streikten nicht für eine grössere Mitbestimmung in der Industrie (entgegen der Mythologie der Zeit). Sie streikten nicht zur Verteidigung des Wohlfahrtsstaates (den man damals nicht zu verteidigen brauchte). Sie streikten, um in der Lage zu sein, an den Freuden und dem Glanz der Massenkonsumgesellschaft teilhaben zu können.

Der Anstieg des Ölpreises in den 70er Jahren führte zu einer massiven Inflation, während die Arbeitslosigkeit wuchs. Mit

der Wahl zwischen beidem konfrontiert und nachdem sie mit der Idee einer gemeinschaftlichen Entwicklung (Korporatismus) durch Vermittlung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gespielt hatten, waren die Sozialisten gezwungen, die Bekämpfung der Inflation (welche alle betrifft) dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (welche nur die Arbeitslosen trifft) vorzuziehen. Um 1980 begann sich ein neues Paradigma auf der Linken herauszubilden. Die Aufgabe der Sozialdemokraten war nun weder die Abschaffung des Kapitalismus (ein Ziel, das nun zusammen mit Grossmutterns alten Kleidern in der Dachstube verstaut wurde) noch die Humanisierung des Kapitalismus, da man die Grösse des öffentlichen Sektors zunehmend als dysfunktional für die kapitalistische Akkumulation ansah. Sozialdemokraten an der Macht versuchten, ihrem «eigenen» Kapitalismus zu helfen, seine Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auf diese Weise würden sie die Steuerbasis sichern, die dem Wohlfahrtsstaat zugrunde liegt, und das Beschäftigungsniveau verteidigen (zumal Arbeitslosigkeit nicht nur eine Geissel für die Menschheit ist, sondern auch die Forderungen an den Wohlfahrtsstaat multipliziert, während sie gleichzeitig das verfügbare Steueraufkommen schmälert). Die französischen Sozialisten, seit 1981 an der Macht, waren gezwungen, ihre Ambitionen (das Ende des Kapitalismus!) nach wenigen Jahren herunterzuschrauben, als sie realisierten, dass die Ära der selbsttätigen Konjunkturbelebung vorbei war. Nach einem letzten Ausbruch von Radikalismus, insbesondere in der britischen Labour Party, als sie sich in den 80er Jahren in der Opposition befand, entpuppte sich die Sozialdemokratie in den 90ern als elektoral stark aber politisch gezähmt. Für einen Moment war sie in 12 von 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an der Macht, und dabei das einzige Mal überhaupt zugleich in den vier grössten

**Die Sozial-
demokratie
entpuppte sich
in den 90ern als
elektoral stark
aber politisch
gezähmt.**

**Sozialdemokraten
blicken dem
21. Jahrhundert
ohne langfristige
Perspektive
entgegen.**

Ländern Westeuropas (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien, wo die kommunistische Partei als sozialdemokratische Partei wiedergeboren war).

Bis dahin hatte sich die Situation verändert. Die Industrie, einst die Basis des europäischen Kapitalismus, stellte in jedem europäischen Land nur mehr einen kleinen Sektor dar (20–30 Prozent). Beschäftigung in Landwirtschaft und Bergbau waren zu einer Angelegenheit weniger Prozentpunkte geworden. Die europäische Wirtschaft war eine Dienstleistungswirtschaft geworden. Die Arbeiter, einst die Grundlage des Sozialismus, waren nun Raumpflegerin, Koch, Kassierinnen im Supermarkt, Computer-Operateure, Angestellte in Telefon-Call-Centers, Marketingangestellte und Schreiberlinge aller Art. Der grosse öffentliche Sektor wurde versteigert, teilweise zur Umlenkung der wachsenden Nachfrage der Bevölkerung, die von der Regierung die Versorgung mit Dienstleistungen erwartete, welche sie vom privaten Sektor erhielt oder zu erhalten erwartete, teilweise zum Füllen der Kassen zur Verteidigung der Grundlagen des Wohlfahrtsstaates (Gesundheits- und Bildungswesen). Die so genannte Globalisierung, ein oft missbrauchtes Konzept, spielte dabei eine kleinere Rolle als die stetig wachsende Regionalisierung, die in Europa stattfand. Es war nicht so, dass jedes europäische Land in eine gegenseitige Abhängigkeit mit dem Rest der Welt geraten wäre, sondern dass jedes europäische Land hoch abhängig von allen anderen europäischen Ländern geworden war. Europa war als grösster Handelsblock der Welt fast selbstversorgend, mit Ausnahme des Erdöls. In seinem Innern hingegen hing jeder vom anderen gegenseitig ab.

Auch der Rest der Welt hatte sich verändert. Der Zusammenbruch des Kommunismus verursachte keine Krise der Sozialdemokratie (sie schlug sich elektoral

sogar besser als vor dessen Kollaps), aber er produzierte Druck, die früheren kommunistischen Staaten in die Europäische Union zu integrieren. Das Hauptproblem betraf die DDR, da ihre Integration eine Übernahme mit schwierigen Konsequenzen für Renten und Beschäftigung bedeutete. Doch längerfristig verspürten alle diesen Druck, da sich plötzlich ein Reservoir billiger Arbeit öffnete zu einer Zeit, da überall das Anwachsen xenophober Parteien manifest wurde. Gleichzeitig bedeutete das Ende der UdSSR, dass Europa seine vermittelnde Rolle verlor, die es für die USA als nun einzigem Herrscher der Welt wichtig gemacht hatte. Eine gemeinsame Front, schon schwierig, als die EU sechs oder neun Mitglieder zählte, wurde fast unmöglich, als sie fast ganz Europa umfasste. Zur selben Zeit entwickelt sich der industrielle Sektor, der sich schon in den 60er und 70er Jahren bereits merklich nach Asien und besonders nach Japan und in den 70ern und 80ern zu den südasiatischen «kleinen Tigern» verschoben hatte, deutlich in zwei Ländern, die zusammen mehr als die Hälfte der Menschheit repräsentieren: vor allem in China, aber auch in Indien.

Sozialdemokraten blicken dem 21. Jahrhundert ohne langfristige Perspektive entgegen. Der Radikalismus hat sich nach rechts verschoben und dabei insbesondere zu jenen, welche die Vormachtstellung des Marktes verfechten – ungeachtet der Konsequenzen –, da diese, wie sie behaupten, so auf lange Sicht besser ausfielen als beim Versuch, den Markt zurückzubinden. Die Sozialdemokraten haben eine konservative Wende vollzogen: Ihr Minimalprogramm besteht darin, das Gestern zu verteidigen, d.h. den Wohlfahrtsstaat und die in der Vergangenheit gemachten Gewinne. Anstelle einer Vision für die Zukunft (einst Sozialismus, dann sozialer Kapitalismus), herrscht die Angst. Der einzige Ausweg, wie er von einigen gesehen wird, ist die Transformation der Eu-

ropäischen Union als Modell für die Welt. Unfähig, die Wohlstandsgewinne in einem Land zu verteidigen, gezwungen, den eigenen nationalen Kapitalismus nicht zu benachteiligen, betrachten viele Sozialisten den Binnenmarkt, den sie einst als kapitalistische Verschwörung abkanzeln, als die letzte Chance, um Wohlfahrtsstaat und regulierten Arbeitsmarkt auf kontinentaler Ebene neu zu erschaffen.

Dieses europäische Modell befindet sich jetzt in der grössten Krise seit seines Bestehens. Die neuen Mitgliedstaaten fürchten, dass sie unter dem Zwang, das Regulierungssystem der fortgeschritteneren Länder übernehmen zu müssen, einen ihrer bedeutendsten Vorteile verlieren würden: billige Arbeit. Andere (z.B. Frankreich, Holland, Dänemark und Schweden) befürchten, dass die EU in Richtung des amerikanischen Modells abdriftet und dabei sämtliche Wohlfahrtsgewinne der letzten 50 Jahre gefährdet. Einige (Grossbritannien) glauben, dass die Bewahrung dieses Modells besser erreicht werden kann, wenn man von der Zurückbindung des Kapitalismus Abstand nimmt, doch unter Tony Blair versucht dieser das Recht zu behalten, seinen Beschäftigten längere Arbeitszeiten vorzuschreiben. Flexible Arbeitsmärkte, behauptet die britische Regierung, werden hohe Beschäftigung sichern, welche es einfacher machen wird, die Säulen des Wohlfahrtsstaates, Ge-

sundheits- und Bildungswesen, zu verteidigen.

Das Fehlen von Vorschlägen und Einheit liegt der aktuellen ideellen Krise der Sozialdemokratie zugrunde. Es gibt keine schnellen Lösungen, keine wundersamen Rezepte, keine Drei-, Fünf- oder Zehnpunktepläne, die, wenn angewendet, die Zukunft der Sozialdemokratie dramatisch verändern würden – sofern sie denn eine Zukunft hat. Der Weg vorwärts, wenn es einen gibt, muss erneut mit Geduld, Nachdenken und Vorsicht entdeckt werden. Er wird sich nicht ausserhalb der EU finden, denn was sind die Chancen eines in Staaten und Stäätchen pulverisierten Europas, die pathetisch zu überleben versuchen in einer Welt, in der die mächtigen unilateralen USA ihre politischen Interessen mit Unnachgiebigkeit und Zähigkeit verfolgen und in der sich China durch sein erstaunliches Wachstum zum industriellen Motor des Planeten verwandelt hat?

Donald Sassoon ist Professor für vergleichende europäische Geschichte an der Queen Mary University of London und Autor des Standardwerks «One Hundred Years of Socialism – The West European Left in the Twentieth Century» (London: Fontana Press 1997).

**Der Weg vorwärts
wird sich nicht
ausserhalb
der EU finden.**



